



4 Pfund Mehl, 1000 Gr., je Pfund 400 Pfg.	8.—	
Guldenfrüchte, 1000 Gr., je Pfund 350 Pfg.	7.—	
Gewürz, Zwiebel, Essig, Maggi	4.—	
Gemüse	10.—	
2 Stück Eier	4.—	
1/2 Pfund Fisch	7,50	
4 Stück Perlinge	8,00	
Cost zum Kochen	6.—	77,85 M

c) Verschiedene Ausgaben:

Seife und Seifenpulver	5.—	M.
Putzmittel (Schubcreme, Ofenputz)	1,50	
Schrubber, Putzlücher, Bürsten, Feuerzeug	8.—	
Kohlen, 0,8 Zentner je 6.— M.	5,20	
Kochgas und Beleuchtung	5.—	
Miete	10.—	
Wohnungsunterhaltung	3.—	
Steuern	5.—	
Versicherungs- und Gewerkschaftsbeiträge	5.—	
Kleidung, Schuhe, Ergänzungen dazu	40.—	
Ersatz an Haus- und Küchengerät	8.—	
Genußmittel, Zeitungen, Bücher usw.	11,15	96,85 M

Summa: 240.— M

Diese Aufstellung stammt vom 4. November 1919. Nach ihr sind für die vierköpfige Normalfamilie wöchentlich 240 Mark, also monatlich 1010, jährlich 12480 Mark erforderlich. Dabei ist zweifellos noch manches in der Aufstellung sehr niedrig angesetzt, wie z. B. Kohlen, Miete und Steuern. Außerdem ist auch nur eine Familie von vier Köpfen zugrunde gelegt, während die deutsche Normalfamilie früher stets auf fünf Köpfe bemessen worden ist. Diese Aufstellung ist von unschätzbarem Wert für die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter im Solinger Industriebezirk.

Im besetzten Gebiet sind die Lebensmittelpreise jetzt günstiger als im übrigen Deutschland, so daß hier eine Statistik noch höhere Ziffern ergeben würde. Wie viele Arbeiter, Angestellte und Beamte haben in Deutschland heute das Einkommen, das in Solingen als Existenzminimum festgestellt worden ist? Sicher nur ein verhältnismäßig kleiner Teil von ihnen.

Unsere Genossen in den Gemeindevortretungen sollten unter Berufung auf das Solinger Beispiel dafür sorgen, daß überall in ähnlicher Weise das örtliche Existenzminimum festgestellt wird. Mancher Lohnkampf würde dann mit anderen Augen angesehen werden, als es heute noch so oft geschieht.

## Einigung im Zeichen Rostes.

Die rechtssozialistische Bezirksorganisation für Groß-Berlin hatte zu Sonntag vormittag vier Versammlungen einberufen, die gegen die deutschnationalen Kundgebungen protestieren sollten. In den Zentral-Heimstätten in der Alten Jakobstraße sprach Herr Kuttner, Redakteur des „Vorwärts“. Nach dem Bericht eines bürgerlichen Bureau hat er u. a. folgendes ausgeführt:

Die Vorgänge der letzten Tage haben deutlich erkennen lassen, wo wir stehen. Während die Altsocialen bereits ganz so tun, als wären sie schon Herren der Situation, hören wir von der Regierung harte Worte, aber wir sehen keine Taten. (Beifall.) Wie genau links, muß die Kraft, die gegen die Arbeiterkassette oft über-eifrig geltend gemacht wurde, nun auch gegen rechts gebracht werden. Wir müssen uns heute fragen: Ist denn oben alles in Ordnung? Und wie und keine befriedigende Antwort gegeben, so müssen wir uns selbst Beruhigung verschaffen. Die Republik ist das Vollblut der Freiheit, das wir uns nicht mehr entziehen lassen. Wir müssen der Regierung den Rücken halten. Von rechts heißt man jetzt geflissentlich zu Pogromen. Man heißt gegen die Juden und meint die Republik. Der Tag aber, an dem in Berlin das erste Pogrom ausbricht, wird auch den Versuch des Sturzes der Republik bringen. Die Altsocialen müssen, was ihnen von den Untersuchungskommissionen beschieden ist, der Grundgedanke des Herrn Helfferich lautet: Freiheit ist die größte Weltmacht! Als die Sache für die Altsocialen vor dem Untersuchungskomitee schief zu gehen drohte, sprach der Herr in die Rede. Dieser Mann hat sich gewiegt, dem Abgeordneten Sohn sein Antwort zu verweigern. Damit hat Herr Helfferich die Souveränität des höchsten deutschen Gerichtshofes und des Volkes beleidigt.

Am kommenden Sonntag, wenn Hindenburg vernommen wird, wird es zu einer entscheidenden Krisis kommen. Schon Sie, Genossen, nicht zum Rechts, denn man hat mir die bestimmte Versicherung gegeben, daß bedeutende Skandale nicht mehr vorkommen. Wie werden an anderen Orten zusammenkommen. (Zuruf: Aber mit Hinten.) Hindenburgs Name wird auch von uns mit Ehrfurcht genannt, denn wir ehren die Größe auch außerhalb der Partei. Aber wir verurteilen das Spiel, das mit seinem Namen getrieben wird. Ich hätte gegen einen offiziellen Empfang nichts gehabt. (Widerspruch.) Hilber es ist unerhörl, daß ein Oberst Reinhard (Zuruf: Naus mit dem Lumpen) hingeht und eine Ehrenkompanie auf eigene Faust stellt. Die Kundgebung der Schüler vor Hindenburgs Wohnung war eine abgeklärte Demonstration der Schulrektoren. Das war keine harmlose Demonstration. Im Lerna, an verhassten Studenten und junge Leute Hindenburg am Verleiten des Reichstages zu verhindern. Dieser Standtag trägt einen offen monarchischen, regierungsfeindlichen Charakter. Und dabei liegt im Reichstag eine Abklärung Sicherheitspolizei. Der Demonstrationstag von der Philharmonie am Freitagabend war nach dem vorausgegangenen Erlaß von Rostke die grenzenlose Verhöhnung der Regierung. Rostke und die Regierung morgen im Stich, bin ich der erste, der die Arbeiter aufrufen wird zur Selbsthilfe zu schreiben. Aber dann darf es nicht mehr möglich sein, daß die Deutschnationalen auch nur noch eine Versammlung in Berlin abhalten. Dann wollen wir die Schande von der Straße und aus den Sälen fegen. Solange es unter der Führung der Würde der Regierung stehen kann, bin ich selbst dafür, daß keine Demonstrationen fliegen. Ich habe mich erst unlängst mit Rostke auseinandergesetzt, und ich erkläre, daß ich mit Rostke durch Eid und Einnahme gehen würde, wenn er nach rechts so hart werden würde, wie nach links. Er muß vor allem den bösen Geist, den Oberst Reinhard, entlassen. (Lang anhaltender Beifall.) Wenn sich der Genosse Naemich nicht auf Rostke Erlaß beschranken, sondern er muß abtun alle Schulmeister erziehen.

Sollten infolge eines reaktionären Offiziersputsches republikanisch gestimmte Truppen säkularisiert werden, so werden wir ihnen militärisch geschult Führer verordnen. Kuttner behauptete zum Schluß seiner Ausführungen, daß die „Freiheit“ anfänglich der Gefahr von rechts gleichgültig beiseite liege und schloß mit einem Appell, die Einigung der Einheitspartien zu vollziehen. Der Ministerialdirektor J. Krüger sprach im Deutschen Hof in der Luisenpark Straße. Er führte aus, daß die Reaktionäre trotz republikanischer Staatsform es verstanden hätten, ihren Einfluß zu vergrößern. Die Freiheit Helfferich, einem Gewählten des Volkes brüsk seine Aussage zu verweigern,

um Volkverletzung und Regierung zu probieren, sei ein despektierlicher Akt parteipolitischer Demagogie. Die Reaktion kämpfe mit äußerster Erbitterung und unter Zuhilfenahme der demersivsten Mittel um die Wiederkehr der alten Herrschaft. Wir Sozialdemokraten, sagte Krüger, sind grundsätzlich gegen Gewaltanwendung. Wenn aber Gewalt angewendet werden soll, haben die Reaktionäre das erste Anrecht darauf, mit Gewalt bestraft zu werden. Wenn die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder ihre bürgerlichen Kollegen nicht für ein Einschreiten gegen die Frontkavalle gewinnen können, so müssen die Sozialdemokraten aus der Regierung herausgehen. Wenn jetzt nicht von der Regierung Ordnung geschaffen werde, so machen wir sie selbst! Nur wenn die Regierung mit aller Energie durchgreift, hat sie unsere Unterstützung. Wenn sie versagt, greifen die Arbeiter selbst ein. Die Arbeiter müssen nur darauf verzichten, die Waffen gegeneinander zu heben.

In der darauf folgenden Erörterung wurde scharf gegen Rostke polemisiert. Unter südrussischem Beifall führte ein Redner aus, daß Rostke anscheinend nur den Mut habe, die Reichswehr einzusehen, wenn es gegen links gehe. Wenn er sich auf die Reichswehr nicht verlassen könne, solle er die sozialdemokratischen Arbeiter rufen. Diese würden kommen. Sämtliche Redner traten für eine sofortige Verständigung in der Arbeiterkassette zum rechtsistischen Kampf gegen die Reaktion ein. Es wurde hier folgende Entschließung angenommen:

Die Anwesenden fordern die Parteileitung auf, unbedingt mit den Führern der U. S. V. zusammenzutreten und unter Hintansetzung aller parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten über die Mittel und Wege zu beraten, die zum gemeinsamen Kampf des Proletariats, ganz gleich welcher Richtung, gegen die Reaktion führen. Es geht um den letzten Rest der Revolution. Es geht um den Sieg der Arbeiterklasse, oder um ihre Niedertrampfung durch ihre geschworenen Feinde.

Außerdem wurde in allen Versammlungen eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Die Versammelten sind gewillt, die revolutionären Errungenschaften mit allen Kräften und Mitteln zu verteidigen. Sie fordern, daß die zuständigen Behörden mit der bisher geübten Nachsicht gegenüber den deutschnationalen Krebserkeimern brechen und mit aller Schärfe dagegen einschreiten. Sie fordern insbesondere, daß endlich daran gegangen wird, die noch immer in den entscheidenden Staats- und Reichsstellen tätigen reaktionären Beamten und Offiziere, die zum Teil ausschließlich Konstellationen herausgehoben, rechtschaffen ohne Pension entfernt werden. Ebenso sind sofort und ohne alle Pension — alle — Schulmeister zu entlassen, die die Teilnahme der Schüler zu deutschnationalen Demonstrationen während der Schulzeit veranlassen oder dulden. Die Besetzung richtet an die gesamte Arbeiterklasse die dringende Aufforderung, den Bürgerkrieg einzustellen und ist zum Kampf gegen die Reaktion einheitlich zusammenzuschließen.

Es ist immerhin erfreulich, daß sich auch bei den Rechtssozialisten die Einsicht zu regen beginnt, wie sehr die Politik ihrer Partei die Revolution geschändet und der Gegenrevolution die Wege geebnet hat. Es sind starke Worte, die von den Lippen der Herren Kuttner und Krüger geflossen sind. Aber es sind eben vorläufig nur Worte, nicht mehr. Die Reaktion, die jetzt bekämpft werden soll, sind nicht nur die Altsocialen. Die Reaktion, das ist vor allem das System Rostke, für das die Ebert, Scheidemann, Krüger und Kuttner die volle Verantwortung mitzutragen haben. Wenn die Herren darüber klagen, daß es jetzt um den letzten Rest der Revolution geht, so muß ihnen bedeutet werden, daß sie daran schuld sind, wenn es jetzt wirklich nur noch einen kleinen Rest der Revolution zu verteidigen ist.

Auch wir wünschen die Einigkeit des gesamten Proletariats, den gemeinsamen Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen ihren Feind, den Kapitalismus. Aber diese Einigkeit muß ausgehen von der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes. Eine Einigkeit, die nur dazu bestimmt sein soll, die Regierung der Herren Ebert und Rostke gegen die Helfferich und Hindenburg zu schützen, lehnt das revolutionäre Proletariat ab.

Wir wissen die Bedeutung dieser Stunden zu schätzen, aber die Gefahr eines monarchistischen Wutausbruchs wird nicht dadurch gebannt, daß in vier Versammlungen ein Lippenbekenntnis „gegen die Reaktion“ abgelegt wird. Außerst müssen die Taten kommen, bevor man den Worten Glauben schenken kann. Solange die Parteigenossen der Versammlungskreisrevolutionäre mit dem Belagerungsstand, mit Säuberei, mit Presseverboten, mit Besänftigungs- und Anstaltsstrafen, mit Todesurteilen gegenüber der revolutionären Arbeiterklasse regiert, dagegen der Entwicklung der Gegenrevolution ihren vollen Lauf läßt, solange wird der Aufruf zur Einigkeit gerade von den entschlossenen Teilen der Arbeiterklasse wie eine Verhöhnung angesehen werden.

Auch die Demokraten machen mobil. Vorläufig allerdings nur im Hinterhaus von Rostke, in der „Volkszeitung“. Dort schreibt in einem Leitartikel „Hindenburg“ Herr Karl Better:

Die Luft ist mit Dynamit geladen. Wir, die Republik und die Demokratie, sind beangegriffen. Deren natürliches Recht ist das der Verteidigung. Seien wir wohl! Die nächste Stunde schon kann von uns verlangen, daß wir noch einmal daran denken müssen, wie das achtundneunzigste Verbot zu handhaben ist. Denn man kann ein Revolverattentat nicht mit dem Verlesen der zehn Gebote beantworten!

Das Vorderhaus, das „Berliner Tageblatt“, begnügt sich mit der Aufzählung der deutschnationalen Taten vom Sonnabend. Die übrige Demokratie hält sich ganz zurück.

Inzwischen läßt es sich Herr Rostke nicht verdrängen, die guten Beziehungen zu den Gegenrevolutionären aufrecht zu erhalten. In einigen bürgerlichen Blättern wird berichtet, daß Herr Rostke Sonnabend nachmittags gebeten habe, von Generalfeldmarschall von Hindenburg empfangen zu werden. Der Feldmarschall habe sich bereit finden lassen, diesem Wunsch zu entsprechen. Bei seiner Unterredung mit Rostke habe er sich mit besonderem Wohlwollen über die wirtschaftlichen Sorgen der Reichswehr ausgelassen.

Herr Rostke wird seinen Parteigenossen bald klar machen, daß ihre Befürchtungen unbegründet seien. Er schläft in Wilhelmshagen, er wird von Herrn Hindenburg empfangen. Wie kann man da von einer Gegenrevolution reden?

Als in den jüngst vergangenen Wochen die Metallarbeiter ihren schweren Kampf gegen das Unternehmertum führten, als die Berliner Arbeiterklasse sich rüstete, um durch einen allgemeinen Streik ihren kämpfenden Brüdern in der Metallindustrie zu Hilfe zu kommen, da renete es von Verböten, von Beschlüssen, von Drohungen, von Verhaftungen, von Versammlungsausschreitungen. Jetzt haben nun die gegenrevolutionären Kreise das Signal zur offenen Auslieferung,

gegen die Regierung gegen die Revolution gegeben. Wohl vorbereitete Streikdemonstrationen und Kundgebungssammlungen lösten einander ab. Der Untersuchungsanspruch, die Mitglieder der Regierung werden beschimpft und verhöhnt. In dieser Situation erläßt die Regierung lediglich eine wohlwollende Verwarnung. Jetzt kommen keine Erlasse: „Jah verbiete“, jetzt werden keine einjährigen Gefängnisstrafen angedroht, man hört auch nichts davon, daß die Führer der gegenrevolutionären Aufrührer, daß ihre Presse irgendwie in ihrer Freiheit eingeschränkt sei. Es handelt sich ja diesmal nicht um Arbeiter! Und Herr Rostke geht zu Hindenburg.

## Es wird demontiert.

Herr Rostke tritt folgendes mit:

Die Behauptung der „Freiheit“, daß die in der am 14. November abgehaltenen Versammlung in der Philharmonie erschienenen Reichswehrgeschützten von militärischen Dienststellen oder Behörden kommandiert worden seien, ist glatt erfinden.

In unserm Bericht über die gestrenzte Versammlung in der Philharmonie war zu lesen, daß das Publikum aus Offizieren der Reichswehr in Uniform und Zivil, aus kommandierten Reichswehrgeschützten in Uniform, aus 14—10-jährigen Schülern bestand. Nur wer den in der Reichswehr überausberühmten preussischen Kadavergehorsam nicht kennt, wird daran glauben, daß die Reichswehrgeschützten völlig aus eigenem Antrieb erschienen sind, als sie dabei hätten, die Versammlung zu sprengen.

Im „Vorwärts“ wird festgestellt, daß die Sicherheitswehr am Freitagabend ihre Pflicht getan und den unzulässigen Umgang sowie die Versammlung in der Philharmonie aufgelöst habe. Auch in einer an uns gerichteten Zuschrift der Sicherheitswehr wird behauptet, daß sie in der vorgeschriebenen Weise sowohl die Demonstrationen als auch die Versammlung in der Philharmonie aufgelöst habe. Die „B. V. R.“ schreiben nun in ihrer Sonntagabendausgabe ausführlich den Verlauf der Versammlung. Es heißt dort zum Schluß:

„Endlich war es ein purer „Zusatz“, daß die mit dem Bakunin patronisierende Sicherheitswehr ganz wie bei der Dreifach-Affäre in Frankreich von den als Soldaten maskierten Demonstrationen mit dem Ruf: „Hoch die Krone! Nieder mit der Republik!“ zur Freigabe des Durchgangs veranlaßt wurde.“

Die „B. V. R.“ sind ein offizielles Organ und es wird von ihr ausdrücklich bemerkt, daß ihr die Mitteilungen über die Vorgänge am Freitag „von maßgebender Seite“ zugegangen seien. Die maßgebende Seite bestätigt also, daß der nationalsozialistische, regierungsfeindliche Demonstrationzug von der Sicherheitswehr nicht behindert worden ist.

## Konservative Mordhege.

Die konservative Presse betreibt seit Beginn der Revolution eine systematische Hege, die darauf hinausläuft, die Führer der revolutionären Arbeiterklasse zu ermorden. Auf diese Hege sind alle Verbotsbeschlüsse zurückzuführen, die bisher an den Führern der Revolution verhängt worden sind. Auch der Tod unseres Genossen Hugo Haase wird von der konservativen Presse bejubelt. Zunächst kündigt sie Hamalos weitere Attentate auf unsere Führer an. So schreibt die deutschnationalen „Tanziger Allgemeine Zeitung“:

Haase wird nicht der einzige bleiben, der diese naturgemäße Entwicklung am eigenen Leibe erfährt. Die Liebkecht, Luxemburg und Eider wurden im Verlauf der Zukunft getötet, die sie selbst gestiftet hatten. An keinem von ihnen aber hat sich wie an Haase das Sprichwort so kraft bewährt, daß sich jede Schuld auf Erden rächt. In der Haurfsache hat ihm wohl nur sein verhöhrter Doktorarbiträr und dazu getrieben, Deutschlands Vernichter und Verderber, der Verräter am Vaterlande in seiner größten Not zu werden.

Durch diese Sätze wird unsere Behauptung, daß durch die reaktionäre Hege jene Atmosphäre erzeugt werde, die zur Ermordung unserer Führer führe, trefflich illustriert. Auch die wissentliche Verleumdung der schwerindustriellen „Deutschen Zeitung“, daß Genosse Haase von der Moskauer Regierung bestochen worden sei und die Räumung Rigas durchgeföhrt habe, hat bereits die beabsichtigte Wirkung erzielt. Uns sind mehrere Exemplare dieser Zeitung mit dem rotumranderten, durch Handglossen verlesenen Artikel zugegangen. In einer dieser Glossen heißt es: „Offenlich solten diesem ehr- und vaterlandslösen Lumpen bald noch andere gleichgesinnte Schurken nach.“

Der Boden für weitere Attentate ist also tabellarisch vorbereitet. Die Schuldigen stehen aber schon heute an dem Pranger.

## Der Kilioprozess in Halle.

Der dritte Verhandlungstag brachte den Prozeß nicht vorwärts. Alle Feigen wurden mit derselben Tendenz gegen die Matrosenkompanie ausgefragt. Es handelt sich fast um lauter Polizeibeamte und ehemalige Angehörige des S. Rates, die heute vernommen wurden und die Matrosenkompanie in ein möglichst schlechtes Licht zu stellen suchten. Sie sprachen von Vermittlungen, daß Ribban die Ermassung der Arbeiter von Kimmendorf bestrahlt habe. Positive Tatsachen wachte kein einziger Feige zu berichten. Der Kriegsgeschichtsrat Wolf stellte selbstverständlich die Sicherheitszuppen des Arbeiter- und Soldatenrats in ein möglichst schlechtes Licht. Auf Fragen des Reichsanwalts Müller mußte er allerdings zugucken, daß es bei den anderen Truppen nicht besser gewesen sei.

## „Abbau“ der Arbeiterräte.

Der Haushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß die Kosten der Arbeiterräte nicht mehr aus staatlichen Mitteln gedeckt werden sollen. Das Plenum hat sich diesem Beschluß bis jetzt noch nicht angeschlossen. Er ist also noch nicht in Wirksamkeit getreten. Der „sozialistische“ Minister Sadekum ist aber außerordentlich bemüht, diesen Beschluß möglichst schnell in die Praxis umzusetzen. Noch bevor er Kalligleit hat, verfenidet er ein Rundschreiben an die preussischen Regierungspräsidenten, in dem er auf den Beschluß des Haushaltsausschusses hinweist und erklärt: „Bei dieser Sachlage kann neuen Anträgen auf Uebnahme von Kosten für Arbeiterräte auf die Staatskassen.“

mehr gegeben werden. Die gegenwärtig gezahlten Kosten werden...  
spätestens in Form von Steuern kommen müssen, wenn ein gleicher Beschluß der Vollversammlung vorliegt, der in Kürze zu erwarten ist. Es ist daher schon jetzt darauf Bedacht zu nehmen, daß die Verwendung von Staatsmitteln allmählich abgebaut und die Verteilung darauf vorbereitet werden, daß Zahlungen über den Beschluß der Landesversammlung gegebenen Zeitpunkt hinaus nicht mehr angängig sind.

Wenn die sozialistische Regierung hofft, mit solchen Erläuterungen die revolutionäre Tätigkeit der leitenden Arbeiterräte unterbinden zu können, so dürfte sie sich wohl bald in ihren Erwartungen enttäuscht sehen. Überall haben die Genossen die Umgestaltung der leitenden Arbeiterräte zu Präparandenzentralen und Aktionsausschüssen für das revolutionäre Rätsystem angebahnt. Diese, den Erfordernissen des gegenwärtigen Kampfes angepaßten neuen Arbeiterräte schaffen sich auch eine finanzielle Grundlage durch freiwillige Beiträge, die bis jetzt fast an allen Orten recht gut eingehen und die Unabhängigkeit von der heutigen Regierung in jeder Beziehung ermöglichen.

## Neu und alt.

Unter dieser Überschrift schreibt „Der Volk“, unser holländisches Parleiblatt:

„Wir haben über die Befehle des deutschen Gesandtschaftsjustizars im Haag Berichte empfangen, die wir wahrscheinlich kaum glauben können, aber die wir doch nicht bei Seite legen dürfen. Sie zeigen uns zu einer ersten Warnung an.

Man kennt die Klage gegen den deutschen Minister des Auswärtigen, Hermann Müller, daß er in den Kreisen der Diplomatie so wenig Veränderung gebracht hat. Keinerseits liberal sind es noch die alten in Kraft vor dem Kaiser und in Ehrerbietung vor den preussischen Traditionen erzogenen Grafen und Barone, die Deutschland im Ausland vertreten. Das Deutschland der Revolution!

Es scheint jetzt eine Veränderung im Gange zu sein. Es werden jetzt Besprechungen geführt, über die Erziehung des Baron von Rosen, des deutschen Gesandten im Haag. Wir dürfen erwarten, daß in der Erziehung der neue Kurs zum Ausdruck kommen wird. Für die, die es gut meinen mit dem demokratischen Deutschland, ist es natürlich, daß keine offizielle Vertretung im Haag noch ein Post von Preußen-Deutschland ist, daß eines der hauptsächlichsten Mitglieder der Gesandtschaft, ein Sohn des Admirals Adler, regelmäßig Besuche bei dem Flüchtling in Amerongen macht, als ob das neue Deutschland mit diesem Mann noch etwas zu tun hätte. Diese Sachlage trägt nicht zur Befestigung des Ansehens und des Vertrauens in die neue Regierung bei. Eine Erziehung des Baron von Rosen durch einen tüchtigen Mann aus der neuen Zeit und einer gründlichen Aufklärung mit den Kaiserlichen unter dem Gesandtschaftsoperational würden dem holländischen Volke den Beweis liefern, daß es Deutschland ernst ist auch mit der Erneuerung seiner auswärtigen Politik, seines Verhaltens zu den anderen Völkern.

Was wir vermehren, ist alle Dinge mit allen guten Erwartungen im Streit. Der Kandidat, der für den Posten im Haag anzufragen ist, soll ein Diplomat der alten Schule sein, ein Mann aus dem konservativen Büchel der katholischen Partei, eine hochadlige Verblüfftheit.

Der Führer der freisinnigen Demokraten warf dieser Tage an seinem Parteitag in der Kammer vor, daß er die sozialistische Regierung von Deutschland noch keinen einzigen Schritt in der Richtung zum Sozialismus hätte tun sehen — aber wohl manchen Schritt zurück. Die Ernennung eines Diplomaten von der alten Schule, eines Vertreters der Junker-Kaste, zum Gesandten im Haag, würde Wasser auf die Mühle aller Feinde der Sozialdemokratie in Holland sein. Die Hoffen, daß Parteiführer Müller durch Ernennung eines unerbittlichen Demokraten das böse Gerücht Lügen strafte wird.

Wir haben große Zweifel, daß diese Hoffnungen der holländischen Genossen in Erfüllung gehen werden.

## Eine unabhängige Sozialdemokratie in Dänemark.

In einer Konferenz am 9. d. M. in Fredericia in Dänemark, die von etwa 50 Vertretern der dänischen Landesparteien besucht war, wurde die Errichtung einer unabhängigen Sozialdemokratischen Dänemark-Partei beschlossen. Die Partei erhielt den Namen: Dänemark linkssozialistische Partei. Die bisher bestehenden kleinen linksstehenden Gruppen, nämlich sozialistische Partei und die sog. unabhängige Sozialdemokratie haben sich der neuen Partei angeschlossen. Damit sind sämtliche linksstehenden Sozialisten in Dänemark in einer kräftigen Partei gesammelt. Als Vertreter der nordischen Arbeiterpartei und der schwedischen Linkspartei war Heinrich Torgersen zugegen. Von der U. S. V. Deutschlands war: Wilmose Stöcker anwesend. Beide besprachen mit Fern den die Neubildung und versprochen die Stütze der Schwesterpartei im Ausland. Zum Vorsitzenden wurde gewählt: Ernst Christensen, der bisherige Vorsitzende des Jugendverbandes. Zum Redakteur der geplanten Zeitung „Arbejder-Johs. Ervig. Nach drei Monaten wird ein konstituierender Kongress einberufen. Die neue Partei beschloß Anschluß an die 3. Internationale und stellte sich auf den Boden der Rätediktatur in Verbindung mit dem Parlamentarismus.

## Der dänische sozialdemokratische Jugendverband

hat durch eine Abstimmung beschlossen, die Zusammenarbeit mit der alten reformistischen Partei Dänemarks aufzugeben. Die bisher bestehende Übereinkunft, wonach die Jugend moralische und ökonomische Unterstützung der Partei erhielt, wurde mit gegenseitiger Mehrheit aufgehoben. Der Jugendverband steht jetzt auf allen Seiten frei.

## Industrielle Schiedsgerichte in England.

Der „Daily Telegraph“ vom 8. November veröffentlicht eine Erklärung des englischen Arbeitsministeriums über den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Errichtung von industriellen Schiedsgerichten. Die Regierung sieht darin ausdauernd, daß es notwendig ist, einen Schiedsgerichtshof zu schaffen, der in den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit jederzeit angerufen werden kann. In dem Projekt schlägt sie die Errichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofs vor. Dieser Schiedsgerichtshof, dessen Aufgabe auf eine übereinstimmende Förderung der Arbeitervereine und der Unternehmer hin nicht verbindlich gemacht werden, soll nur bestimmte Streitfragen beurteilen. Dieser Vorschlag wird ergänzt durch eine vom Arbeitsminister erlassene Grundskizze, jederseits Untersuchungs-

gerichte einzusetzen zu können, um die Ursachen und Umstände bestimmter industrieller Konflikte festzustellen. In diesem Untersuchungsverfahren kann der Minister ohne besondere gesetzliche Ermächtigung dem betreffenden Gerichtshof das Recht erteilen, Klagen zu laden und die Vorfälle von Geschäftsbüchern und Geschäftspapieren zu fordern. Dieser Gerichtshof soll bei allen Arbeitskonflikten ohne Anrufen der Parteien auf Veranlassung der Regierung eingreifen, wo große allgemeine Interessen auf dem Spiele stehen. Sein Bericht soll in diesen Fällen der öffentlichen Meinung ein objektive Grundlage zur Beurteilung der Behauptungen der Parteien im Arbeitskonflikt bieten.

Es ist bemerkenswert, daß dieser Gesetzentwurf den Schiedsgerichten keine verbindliche Kraft verleihen will, daß er dagegen den Schiedsgerichten das Recht auf Vorlage von Geschäftsbüchern und Geschäftspapieren verleihen will.

Der deutsche Zolldienst beginnt an der neuen Reichsgrenze am 15. November mittags. Die französischen Zollposten stellen den Dienst am gleichen Tage ein.

Selbsthilfe in Oberschlesien. Trotz beiderseitiger Vorstellungen seitens des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Vereins, ferner einzelner Delegationen und besonderer Delegationen, hat der Reichs-Kohlenkommissionar bisher nicht gestattet, daß die Bewachungen der ober-schlesischen Graubruhlen Kohlen in direktem Austausch gegen Kartoffeln liefern. Da sich die Lebensmittelpreissteigerung Oberschlesiens jedoch mit jedem Tage verschärft, haben die Vertreter sämtlicher ober-schlesischer Bergwerke im Interesse ihrer verzweifeltsten Arbeiter beschloffen, auf Reize 5 der Kohlenbezugsgemeine, die zurgit noch nicht zur Verleigerung freigegeben sind, Kohlen gegen Kartoffeln zu liefern, und zwar: entgegen den Anordnungen des Reichs-Kohlenkommissionars. Dem Reichs-Kohlenkommissionar ist dieses telegraphisch mitgeteilt worden.

## Gewerkschaftliches.

### Gegen die Bewaffung der Postbeamten.

Eine Delegiertenversammlung, die 19000 untere Postbeamten vertrat, tagte gestern in den Germania-Hallen in der Chausseestraße und nahm u. a. eine Entschlieung an, die sich gegen die Bewaffungsvorschriften von der Post richtet. Sie protestiert energisch gegen die Verfügung, die erwartet, daß die Postbeamten sich mit Waffen versehen sollen, und fordert von der Postverwaltung, daß diese Entschlieung sofort zurückgezogen wird.

### Die Lehren des Metallarbeiterstreiks.

Die Funktionäre der Berliner Metallarbeiter, die auf dem Boden der U. S. V. stehen, fanden sich am Sonntag vormittag in einer Versammlung in der ehemaligen Hofbrauerei zusammen, um die Lehren aus dem Streik zu ziehen. Der Verlauf der Versammlung brachte zum Ausdruck, daß von einer Niederlage der Metallarbeiter über den Verlauf des Streiks in keiner Weise die Rede sein kann. Inzwise organisierte und agitatorische Arbeit müsse geleistet werden für die Kämpfe der Zukunft. Als Gegengewicht gegen die bestehende Fraktion der Rechtssozialisten und um deren Treibereien wirksam entgegenzutreten zu können, wurde die Gründung einer unabhängigen Fraktion beschlossen.

Der fünfgliedrige Vorstand der Fraktion setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: Zimmermann, Uhrig, Holz, Ostrowski, Grohmann. Die aus den einzelnen Bezirken und Branchen anwesenden Funktionäre wurden beauftragt, daß im Laufe des Montags und Dienstags die Bezirke und Branchen zu der Fraktionsgründung Stellung nehmen und bis Mittwoch vormittag dem Genossen Zimmermann je 3 Vertreter nomast machen, da die Arbeiten sofort aufgenommen werden sollen.

Des weiteren wurde beschlossen, daß Kollegen, die auf dem Boden der zentralistischen Gewerkschaften stehen und der U. S. V. angehören, zu allen späteren Aktionen gezogen werden sollen.

### Zentralverband der Angestellten, Sektion der Kriegsorganisationen.

In alle Ausschussmitglieder und Vertrauensleute der Groß-Berliner Kriegsorganisationen, die auf freigewerkschaftlichem Boden stehen.

Kolleginnen und Kollegen!

Laut Aufruf der Wahlkommission soll am 1. Dezember die Neuwahl des Arbeitsausschusses der Frauengruppe Ia erfolgen. Die Organisation hat sich eifrig und eifrig bemüht, mit den Mitgliedern des jetzigen Arbeitsausschusses und dem Kollegen Lindig zu einer Verständigung zu kommen, um im Interesse der Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen eine gemeinsame Liste aufzustellen. Wir haben das Bestreben, für alle freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Angestelltenvereine eine gemeinschaftliche Grundlage zu schaffen, damit die Notwendigkeit eines Arbeitsausschusses der Angestelltenvereine der Groß-Berliner Kriegsorganisationen unumwunden anerkannt und ihm die Vertretung aller eigentlichen Betriebsangelegenheiten und deren gemeinschaftliche Regelung zugestanden wird. Die Vertretung der eigentlichen Betriebsangelegenheiten, d. h. Lohnbewegung, Aufhebung von Tarifverträgen muß unter Führung des Zentralverbandes der Angestellten im engsten Einvernehmen mit dem Arbeitsausschuss als der Vertretung der Angestellten erfolgen. Oerdurch würden in der Zukunft Reibungen ähnlicher Art, wie sie in der Vergangenheit zwischen dem Zentralverband und dem Arbeitsausschuss stattgefunden haben, von vornherein ausgeschlossen werden.

Um eine Klärung der Situation herbeizuführen, laden wir alle Mitglieder der Angestelltenvereine, die auf freigewerkschaftlichem Boden stehen, sowie alle Betriebsfunktionäre des Verbandes, die den festen Willen haben, sich unbedingte ein solches Urteil zu bilden, für Dienstag, den 18. d. M. nachmittags 3 Uhr, zu einer Sitzung im Saale des „Fürsten Palast“, Potsdamer Str. 48, ein und bitten sie, allen in Frage kommenden Kollegen dringend zu empfehlen, daß sie dort vollständig erscheinen, ohne auf irgend welche Gegenparole zu hören. Wir beabsichtigen dort, unsere Grundgedanken offen und objektiv darzulegen und werden es dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, Herrn Lindig, freistellen, in einem Referat seine Ansicht zu entwickeln. Die daran anschließende Diskussion wird Gelegenheit geben, etwa noch bestehende Mißtrauen und Scheinbar nach vorstehenden Differenzen reiflich zu klären. Es wird dann Sache der Versammlung sein, einen Beschluß herbeizuführen, dem jeder organisierte Kollege in freigewerkschaftlicher Disziplin Folge zu leisten hätte.

Die Sektionsleitung geg. Reichler, Gaminet.

Zur Tarifbewegung der bei den Städt. Elektrizitäts- und Gaswerken beschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten. Nach monatelangen Verortungen ist der Tarifvertrag der Ange-

stellten endlich zum Abschluß gekommen. Am Freitag fanden mit der Direktion beider Werke die letzten Verhandlungen statt. Der Tarif soll nunmehr dem Magistrat vorgelegt werden. Am Montagabend werden die Angeestellten in einer Vollversammlung ihrerseits Stellung dazu nehmen.

G. Zwiensch u. Co. Betriebsversammlung heute nachmittags 5 Uhr im Stadttheater Altschloß. Die Funktionäre der U. S. V. D. treffen sich eine halbe Stunde früher.

U. S. V. Hennigshof. Das Föhrner- und Heiser-Personal, Maschinisten und Kohlenfarrer, Nachleger, Elektriker und alle, die Parteien haben, treffen sich Montag früh, 8 Uhr, bei Braje, Hennigshof, zwecks Information zur Arbeitsaufnahme. Für die übrige Belegschaft Betriebsversammlung in den Charus-Fällen, Montag, nachmittags 3 Uhr. Betriebsräte und Vertrauensleute treffen sich in der Strohballen eine Stunde früher.

Deutsche Telefon-Werke, Werk Niederschöneweide. Sämtliche Kollegen und Kolleginnen, auch die, die noch nicht arbeiten, möchten sich heute nachmittags von 2-4 Uhr im Betrieb zwecks Wahl einer Verhandlungskommission einfinden. Selbstverständlich wird nach der Wahl bei Kergle, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 8.

## Groß-Berlin.

### Einzug in Berlin.

Und wieder läßt man sich auf helbe Wangen,  
Die Pause dröhnt, die Ehrenwache steht.  
Um ihren Heros festlich zu empfangen,  
Berjammelt sich die Generalität.  
Ist sie auch heute noch im Zylinder, leider,  
Viel kann gechehen in einem langen Jahr,  
Vielleicht hilft doch der alte Vergott weiter,  
Es wird schon wieder werden, wie es war.

Das Volk befehlt gerührt die schöne Szene.  
Das ist ein Schauspiel, das zu Herzen geht!  
Auf die Kravatte füllt man die Träne:  
Du läufst auch du bald wieder, Majestät!  
Gutra, Hurra! Wie wohl tut doch das Büchel!  
Was sollen wir mit einem geraden Rücken,  
Das wahre Glück bringt nur der Zöllnerkar,  
Wir wollen alles wieder, wie es war.

Studenten werden Fackelzüge bringen,  
Stolz weht die Fahne, die in Schwarz-Weiß-Rot.  
Die nationalen Niederbrandigen,  
Wer nicht mitgingt, der ist kein Patriot.  
Im Hochgefühl schwellt die deutsche Brust.  
Es ist so kalt, und doch wie im August...  
Ein schöner Anfang für das zweite Jahr.  
Soll's wirklich wieder werden, wie es war?

### Mitglieder der Konsumgenossenschaft

Die Fortsetzung der Generalversammlung findet heute, Montag, den 17. November, abends 6 Uhr, in der Hofbrauerei, Fidinstraße, statt. Die Liste unserer Genossen für den Aufsichtsrat beginnt mit dem Namen Wilske. Den Mitgliedern wird empfohlen, pünktlich zu erscheinen und Legitimation nicht zu vergessen.

### Rundgebungen für unsere Gefangenen.

Am gestrigen Sonntag mittag besaustalteten die Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener, der Völkbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, der Bund Deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen in zehn der größten Säle Berlins Rundgebungen zur Freigabe unserer Kriegsgefangenen. Nach den offiziellen Rednern und Rednerinnen traten in allen Versammlungen auch ehemalige Gefangene auf, die teilweise erschütternde Bilder des Gefangenens Lebens entwarfen. Im allgemeinen hielten sich nach den uns bisher gewordenen Mitteilungen die Redner erfreulichweise nationalistischen Hebereien fern, wenn sie auch es vermeiden, die Politik unserer Regierung, die die eigentliche Schuld an der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen trägt, zu kennzeichnen. Als in der zumeist von Frauen besuchten Versammlung in der Volksbühne Frau Dr. Gertrud Bäumer, die sich noch rühmte, vor einem Jahre in Danzig die nationale Verteidigung gegen Polen organisiert zu haben, heftige Ausfälle gegen Frankreich schleuderte, daß sich an den Qualen unserer Kriegsgefangenen weide, rief sie starken Widerspruch hervor.

In dieser Versammlung hatte sich ein Mitglied des Internationalen Bundes der Kriegsschädigten zum Wort gemeldet. Es wurde ihm aber verweigert, da keine Diskussion vorgegeben war. (1) Er drang auf das Podium und wollte die politischen Ursachen des Zurückhaltens unserer Gefangenen in Frankreich besprechen. Die Versammlung hinderte ihn aber daran, weiterzusprechen, indem es durch den Saal. Darauf schloß die Kritik die Versammlung. Der Redner eröffnete sofort von neuem die Versammlung und machte unter teilweisem Beifall und großer Unruhe die Politik der deutschen Regierung im Osten für die Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich verantwortlich.

Die Versammlungen endeten mit der Annahme eines Aufrufs an die Völker der Erde, der in der Forderung anklingt, sich zu vereinen in den Ruf: Sofortige Heimsendung aller Gefangenen dieses Krieges! Eine zweite Entschlieung verlangt ein energisches Vorgehen der Nationalversammlung für die Freigabe der deutschen Gefangenen, sowie Anweisung der Regierung an die nach Paris zu entsendenden Vertreter, daß für die Zurückhaltung der Gefangenen einschließlich der Internierten von Straßburg alle Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen sind, daß der Abtransport umgehend beginne und mit größtmöglicher Beschleunigung beendet werde.

### Revolutionäre Kunst.

Zu der am Sonntag, den 30. November, mittags 1/2 Uhr im Zirkus Busch vom Bezirksbildungsausschuss Leitow-Weeslow ver-

## Was liest der Arbeiter am Montag?

Die  
**FREIE WELT**  
25 Pfennig

